

29. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der Beratungsstand der Gremien der Polizeien des Bundes und der Länder zu der Frage „Erweiterung des Themenfeldkataloges bei dem Oberbegriff „Hasskriminalität“/Einführung einer Unterkategorie „Islam- bzw. muslimfeindliche Straftaten der Hasskriminalität“ seit Januar 2011 entwickelt (vgl. Antwort zur Schriftlichen Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/4639, S. 26), und welche Haltung vertritt die Bundesregierung in diesen Beratungen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 19. Dezember 2011

Das Thema wurde in den Gremien erörtert, aber einvernehmlich nicht weiterverfolgt.

30. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie der Mitarbeiter des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), der sich zumindest kurz vor dem Mord an Halil Yozgat am 6. April 2006 im Kasseler Internetcafé (Tatort) aufgehalten hat, an illegale Munition gelangt ist (bitte ausführen)?

Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche vom 27. Dezember 2011

Im Rahmen der Ermittlungen des Polizeipräsidenten Nordhessens wurden bei dem Mitarbeiter des hessischen LfV 100 Schuss Manöverpatronen festgestellt, für die keine waffenrechtliche Erlaubnis vorlag.

Dabei handelt es sich um Hülsen mit Treibladungen, die kein Geschoss enthalten. Diese werden zu Übungszwecken bei der Bundeswehr eingesetzt. Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen wurden die Manöverpatronen von dem Mitarbeiter des hessischen LfV bereits im jugendlichen Alter gefunden.

31. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hatte dieser Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der zwischenzeitlich/nach dem 6. April 2006 in das hessische Regierungspräsidium versetzt wurde, im Rahmen seiner neuen Stelle Zugriff auf die Daten des Ausländerzentralregisters?

Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche vom 27. Dezember 2011

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

32. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, wie jemand als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes eingestellt werden konnte, der illegale Munition sowie verfassungswidrige rechtsradikale Schriften besaß und als „Kleiner Adolf“ bekannt war (bitte ausführen)?

Antwort des Staatssekretärs Klaus-Dieter Fritsche vom 27. Dezember 2011

Die Bundesregierung spekuliert grundsätzlich nicht über Hintergründe von Entscheidungen, die in die Zuständigkeit eines Landes fallen oder gefallen sind. Auch bewertet oder kommentiert sie solche Entscheidungen grundsätzlich nicht.